

bas hinaus. Es Meet im gesamfgesellschaftMchen, kollektiven und persönlichen Interesse, eine 'unzulängMche Nutzung des Arbeitsvermögens mögMchst auszuschMeßen. Dieser Aspekt kommt in der rechtlichen Regelung der auf Initiative des Betriebes durch Aufhebungsvertrag oder Kündigung erfolgten Lösung des Arbeitsrechtsverhältnisses eindeutig zum Ausdruck: Wirksamkeitsvoraussetzung ist ein vertragMches Angebot einer zumutbaren anderen Tätigkeit, was u. E. den qualifikationsgerechten Einsatz einschließt.

Im Falle einer fristlosen Entlassung gemäß § 56 AGB bleibt das Erfordernis bestehen, das Arbeitsvermögen effektiv einzusetzen, und auch das Grundrecht auf Arbeit besteht natürlich fort. § 56 Abs. 3 AGB ist u. E. mithin nicht dadurch erfüllt, daß sich die betriebliche Unterstützung auf die Aufnahme irgendwelcher Arbeit richtet.

Die Ordnung orientiert die Gewerkschaftsleitungen auch auf Aktivitäten, wenn das Arbeitsrechtsverhältnis auf Initiative des Werkstätigen beendet wird. Wenn in Abschn. VII Ziff. 1 gefordert wird, „den Werkstätigen (zu) beraten und ihn vor unüberlegten Handlungen bewahren (zu) helfen“, schMeßt das u. E. ebenfalls ein, eine Übernahme qualifikationsgerechter Tätigkeit zu unterstützen. In gleicher Weise sollten die Mitwirkungshandlungen von Gewerkschaftsfunktionären bei einem auf Initiative des Werkstätigen abzuschließenden Aufhebungsvertrag erfolgen.

Verschiedentlich treten mit der Beendigung von Arbeitsrechtsverhältnissen Fragen auf, die die Grenzen des erneuten qualifikationsgerechten Einsatzes betreffen. Hier sollte ein Einsatz grundsätzlich im Rahmen der ganzen Breite des erlernten Berufes bzw. des erworbenen Qualifikationsgrades

angestrebt werden. Die bisherige Arbeitsaufgabe, die regelmäßig enger ist als der Beruf, mag dabei als Orientierung, nicht jedoch als Grenze dienen. Allerdings dürfen dabei langjährige Spezialisierungen nicht vernachlässigt werden.

Richtig handeln diejenigen Leitungen und Funktionäre, die die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in die konkrete Beantwortung der Frage, was qualifikationsgerechter Einsatz ist, einbezogen und damit Stabilität und Dynamik wahren. Bedingt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt treten in Inhalt und Struktur der Qualifikationen kontinuierlich Veränderungen auf. Dem trägt auch § 149 Abs. 1 AGB Rechnung, indem er die ehrenvolle Pflichten des Werkstätigen ausgestaltet, sich ständig entsprechend den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung, speziell des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, weiterzubilden. Bezogen auf das hier erörterte Problem bedeutet dies: Qualifikationsgerechter Einsatz liegt auch vor, wenn der Werkstätige zur Übernahme der neuen Tätigkeit eine objektiv notwendige, ihm real mögliche, zumutbare und rechtlich gewährleistete Qualifizierung absolvieren muß, wobei eine Anknüpfung an vorhandenes Grundwissen wünschenswert ist.

- 1 Vgl. W. Beyreuther, „Das gesellschaftliche Arbeitsvermögen effektiv nutzen“, NJ 1982, Heft 11, S. 476 ff.
- 2 Vgl. hierzu O. Boßmann/K.-H. Fleischhauer, „Gestaltung arbeitsrechtlicher Verträge bei Rationalisierungsmaßnahmen und Qualifizierung der Werkstätigen“, NJ 1982, Heft 12, S. 530 ff.
- 3 Vgl. z. B. die AO zur Richtlinie über die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation vom 17. April 1975 (GBl. I Nr. 19 S. 337): „Bei Veränderungen im Arbeitsprozeß ist das erforderliche Qualifikationsniveau zur Lösung der neuen Arbeitsaufgaben mit Hilfe von Anforderungsstudien zu ermitteln. Daraus sind die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen abzuleiten.“
- 4 Abgedruckt in: Arbeitsgesetzbuch und andere ausgewählte Rechtsvorschriften (Textausgabe), Berlin 1983, S. 277 ff.

## Rechtliche Anforderungen an die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens

Prof. Dr. sc. WOLFGANG SURKAU, Berlin

Das Ordnungsstrafverfahren ist ein gesetzlich vorgeschriebener, an Fristen, Entscheidungsbefugnisse und Entscheidungen gebundener Bearbeitungs- und Entscheidungsablauf zur Prüfung ordnungsrechtlicher Verantwortlichkeit, der mit der Einleitung des Verfahrens beginnt und mit dem Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen oder mit der Einstellung des Verfahrens endet<sup>1</sup>. Dieses Verfahren dient dem Ziel, alle Umstände der Ordnungswidrigkeit zu prüfen und zu werten, der Ordnungswidrigkeit zugrunde liegende Ursachen und Bedingungen aufdecken und beseitigen zu helfen, die Schuld des Rechtsverletzers nachzuweisen oder seine Nichtschuld festzustellen sowie den im Rahmen von Ordnungsstrafverfahren notwendigen Aufschluß über die Persönlichkeit des Rechtsverletzers zu erhalten und damit Voraussetzungen für eine gerechte und angemessene Entscheidung zu schaffen.

### Die Einleitung des Ordnungsstrafverfahrens

Ausgangspunkt für die Entscheidung über die Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens ist ein auf eine Ordnungswidrigkeit hindeutender Sachverhalt, der auf Grund eigener Feststellungen des zuständigen Organs, durch begründete Anregungen anderer Staats- und Wirtschaftsorgane oder auf Grund von Hinweisen der Bevölkerung oder gesellschaftlicher Organisationen bekannt wird (§ 22 Abs. 1 OWG).

Die Einleitung und Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Organen bzw. Ordnungsstrafbefugten, die in der speziellen Rechtsvorschrift genannt sind und die mit größter Sachkunde und gesellschaftlicher Wirksamkeit entscheiden können (§ 7 OWG). Bei Bekanntwerden eines auf eine Ordnungswidrigkeit hindeutenden Sachverhalts ist deshalb zunächst die sachliche und örtliche Zuständigkeit eines Organs bzw. des Ordnungsstrafbefugten zu prüfen.

Die sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus der entsprechenden Ordnungsstrafbestimmung, in der die Befugnis eines bestimmten Ordnungsstrafbefugten zur Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und zum Ausspruch von Ordnungs-

strafmaßnahmen festgelegt ist. Die örtliche Zuständigkeit ist an den territorialen Verantwortungsbereich gebunden (ausgehend von dem Ort, an dem die Ordnungswidrigkeit begangen wurde oder in dem der Rechtsverletzer wohnt bzw. sich ständig aufhält).

Sind mehrere Organe für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens in ein und derselben Sache zuständig, hat gemäß § 21 Abs. 2 OWG das zuerst mit der Sache befaßte Organ das Ordnungsstrafverfahren durchzuführen. Zuerst befaßt ist das Organ, das die Ordnungswidrigkeit festgestellt hat oder dem ein entsprechender Sachverhalt mitgeteilt wurde. Ist jedoch durch ein anderes zuständiges Organ eine bessere erzieherische Einwirkung auf den Rechtsverletzer zu erwarten (z. B. weil eine höhere Sachkunde vorliegt oder weil dieses Organ schon einmal mit dem Ereignis befaßt war), so überläßt das zuerst tätig gewordene Organ die Ordnungswidrigkeitssache dorthin.<sup>2</sup>

Der sachlich und örtlich zuständige Ordnungsstrafbefugte kann auf Grund des vorliegenden Sachverhalts

- ein Ordnungsstrafverfahren einleiten (§ 23 Abs. 1 OWG) oder
- von der Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens absehen, weil in der gleichen Sache disziplinarische oder materielle Verantwortlichkeit oder andere Maßnahmen geeigneter sind und angewendet werden (§ 22 Abs. 2 OWG), oder
- von der Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens absehen, weil alle Voraussetzungen für die Übergabe der Sache an ein gesellschaftliches Gericht gegeben sind (§§ 31, 32 OWG, §§ 40 ff. KKO, §§ 38 ff. SchKO), oder
- eine Maßnahme im vereinfachten Verfahren (§ 28 OWG) aussprechen, wenn dies nach der verletzten Rechtsvorschrift zulässig und die Einleitung des Ordnungsstrafverfahrens wegen der Geringfügigkeit der Ordnungswidrigkeit nicht erforderlich ist, oder
- dem Rechtsverletzer einen Hinweis oder eine mündliche oder schriftliche Belehrung erteilen, wenn die Ordnungs-